Einstellung aller Hilfsaktionen im Falle der Nichtausfolgerung von 60 Millionen Goldkronen an die Liquidatoren hat die österreichische Regierung durch den namens der Finanzverwaltung nach Paris entsandten Minister a. D. Reisch die Reparationskommission verständigen lassen, daß sie bereit wäre, der erwähnten Forderung Folge zu leisten, wenn zugesichert würde, daß das Geld nicht ausgeführt und darüber nicht verfügt würde bis zufl. Art 54 des Bankstatuts das kompetente Gericht oder ein neutrales Schiedsgericht über die Rechtsfrage entschieden hat.

Zeitungsstreik in Budapest

Budapest, 28. Febr. Die Budapester Zeitungssetzer sind wegen Lohnforderungen heute früh in den Ausstand getreten. — Wie uns unser Sonderberichterstatter hierzu drahtet, hat der aus kommunistischen Motiven ausgebrochene Setzerstreik die Zeitungsverleger zur Herausgabe eines gemeinsamen Blattes veranlaßt, welches von technischen Hochschülern gesetzt wird.

Tumult in Florenz

Florenz, 28. Febr. Als die Vereidigung der liberalen Jugend nach Einweihung ihrer Fahne einen Umzug durch die Stadt veranstaltete, wurden die Teilnehmer von Kommunisten angegriffen. Es gab zwei Tote und mehrere Verwundete. Am Nachmittag griffen die Faszisten das Haus der Vereinigung der Cafékellner und das der proletarischen Liga an, wobei ein sozialistischer Führer getötet wurde. Das Personal der Florenzer Straßenbahn legte als Protest die Arbeit nieder. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Eine Miniaturrevolte

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volksztg.)

Basel, 1. März. In Lichtenstein kam man einem Staatsstreich auf die Spur, bei dem die Entführung des provisorischen Landesverwesers Dr. Peer beabsichtigt war. Das zur Entführung bereitgestellte Auto konnte unverrichteter Sache die Flucht ergreifen. Die Führer der Bewegung sind unauffindbar.

Pressestimmen zur Londoner Konferenz

London, 28. Febr. Die bevorstehende Konferenz mit den Deutschen ist das Hauptthema der Presse. Die Blätter weisen darauf hin, daß mit dem heutigen Tage eine schicksalbestimmende Woche beginne. Die Beratungen in Chequers haben dazu beigetragen, daß an Stelle der bisher von manchen Blättern ausgedrückten Befürchtung wegen der Front der Alliierten, jetzt eine zuversichtlichere Stimmung getreten ist. Die Reparationsfrage wird zuerst zur Verhandlung kommen. Auf Lloyd Georges Anregung hin, soll die Entwaffnungsfrage erst danach erledigt werden. Im Verlaufe des gestrigen Tages wurde der französische Botschafter in Berlin nach Chequers gerufen, augenscheinlich im Zusammenhang mit der Reparationsfrage. Bevor die erste Aussprache mit den Deutschen stattfindet, wird wahrscheinlich im Downingstreet noch eine Beratung der Alliierten über die Reparationen erfolgen. Es besteht Grund zur Annahme, daß Lloyd George, während er bestrebt ist, zu erreichen, daß die Deutschen sich dem Beschlusse der Alliierten ohne Anwendung von Zwangsmaßnahmen fügen, am Freitag oder Sonnabend zu verstehen gab, daß die britische Unterstützung solcher Maßnahmen, wenn sie notwendig werden sollten, nicht ausbleiben würde.

Erste Vollsitzung

London, 28. Februar. (Reuter-Meldung.) Die erste Vollsitzung über die Reparationsfrage findet morgen vormittag 11 30 Uhr im Lancaster-House statt. Reichsminister Dr. Simons wird dabei seine Erklärung abgeben. Die Alliierten werden nachmittags darüber beraten. Lloyd George wird am Mittwoch in Anwesenheit von Lord Curzon und Chamberlain eine Erklärung darüber abgeben.

Die deutschen Gegenvorschläge

Berlin, 28. Februar. An der Uebersetzung der deutschen Gegenvorschläge wurde noch im Zuge gearbeitet, der die deutsche Delegation nach London bringt, da in den Besprechungen mit den Parteien am Sonnabend noch gewisse Aenderungen am Entwurfe vorgenommen wurden

London 28. Februar. Die „Times" meldet, daß Deutschlands Gegenvorschläge das Angebot enthalten werden, 7500 Millionen Pfund Sterling in 30 Annuitäten zu zahlen. Weiter werde Berlin die 12prozentige Abgabe vom Ausfuhrhandel ablehnen und einen neuen Plan in Vorschlag bringen, durch welchen die Alliierten ein gewisses Interesse an der deutschen Industrie erhalten werden

Die Entfestigung

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volksztg.)

Berlin, 1. März. Von gut unterrichteter Seite verlautet, werden im Jahre 1921 auf Grund des Friedensvertrages die Maßnahme für die Entfestigung durchgeführt werden müssen. Dafür wird im nächsten Haushaltsplan eine Forderung von 250 Millionen Mark aufgestellt. Die Entfestigungsarbeiten werden vorgenommen, im Oberrhein 9 Millionen Mark in Rastatt 25 Millionen, in Köln 60 Millionen, in Koblenz 10 Millionen, in Mainz 30 Millionen, in Germersheim 30 Millionen, in Kiel 40 Millionen, in Wesel 10 Millionen und auf Helgoland 30 Millionen Mark.

Zur Verbreiterung der Regierungsbasis

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 1. März. In der Nationalzeitung tritt der frühere Reichswehrminister Noske für eine Verbreiterung der Koalition in Preußen durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei und dem Reiche durch den Eintritt der Sozialdemokratie ein. Der Kasseler Parteibeschluß der eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ausschließt, ist nach Noske nicht für die Ewigkeit gedacht. Die große Freude der Mehrheitssozialisten über das Wahlergebnis erklärte er für nicht gerechtfertigt. Das Fernbleiben der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung ist der Partei gut bekommen aber dem demokratischen und sozialistischen Fortschritt nicht günstig. Wenn der Gegensatz zwischen preußischer Politik und Reichspolitik noch lange fortbesteht, kommt der Regierungsapparat total in Unordnung.

Vom Völkerbundsrat

Paris, 28. Febr. Der Völkerbundsrat hat heute vormittag den Entwurf einer Antwort auf die amerikanische Note in der Mandatsfrage geprüft. Die Besprechungen werden heute nachmittag fortgesetzt. Der Völkerbundsrat prüfte ferner einige auf die Verfassung von Danzig bezügliche Fragen und beschloß, der Regierung der Freien Stadt Danzig eine Note zu überreichen betreffend Abänderungen, die an der Verfassung vorgenommen werden sollen.

Die Entwaffnung

London, 28. Febr. „Daily Chronicle" erfährt aus Kreisen der Londoner Konferenzteilnehmer, daß Lloyd George und Briand nach Kenntnisnahme des Gutachtens des Marschalls Foch gestern sätzlich beschlossen haben, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß als letzter Termin für die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen der 1. April festgesetzt wurde. Bis dahin wird die Auflösung der Einwohnerwehren unbedingt gefordert. Sollte sich die bayrische Regierung weigern, die Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzorganisationen bis zu diesem Termin durchzuführen, so würde unnachsichtlich der Einmarsch alliierter Truppen in Bayern erfolgen

London, 27. Febr. Nach dem „Observer" hat die Brüsseler Sachverständigenkonferenz den alliierten Regierungen einen Bericht unterbreitet, in dem es heißt: Die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei wahrscheinlich augenblicklich günstiger, als in irgend einem anderen Lande Europas. Der Beweis werde schwer sein, daß der in Paris festgesetzte Reparationsbetrag Deutschlands Leistungsfähigkeit übersteige.

Die Flüchtlingsfürsorge

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.")

Berlin, 1. März. Für Deckung der Kosten für Fürsorge für die Flüchtlinge aus den abgetretenen preußischen Grenzgebieten werden im Reichshaushaltsetat 80 150 000 M. angefordert werden. Für eine große Anzahl von Flüchtlingen ist die Möglichkeit gegeben, im Bergwerk und in der Industrie Beschäftigung zu finden. Von der genannten Summe sollen 20 Millionen Mark zur Beschaffung von Unterkunftsmöglichkeiten für die Flüchtlinge am Ort der Arbeit verwendet werden.

Eine süddeutsche Ministerkonferenz

Stuttgart, 28. Februar. Amtlich wird gemeldet: Heute trafen die Minister von Bayern, Baden, Hessen und Württemberg in Stuttgart zusammen, um über die schwebenden politischen Fragen zu beraten.

Zur Einschränkung des Beamtenpersonals

Berlin, 28. Februar. Bei der Aufstellung des Reichshaushaltplanes für das Rechnungsjahr 1921 soll, wie die Dena erfährt, mit wesentlichen Einschränkungen in der Zahl und Verwendung der Beamten der Anfang gemacht werden. Der gesamte Beamtenapparat soll um den vierten Teil seines gegenwärtigen Bestandes verringert werden, und zwar in der Weise, daß beim Freiwerden planmäßiger Beamtenstellen nur jede zweite Stelle von neuem besetzt wird, bis in der betreffenden Gruppe ein Viertel der Stellen fortgefallen ist.

Die Kündigungen hinausgeschoben

(Essen, 28. Februar. Die Angestelltenverbände aller Richtungen haben heute in einer Sitzung die Frage der Kündigung des mit dem Arbeitgeberverbande für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller abgeschlossenen Gehaltsabkommens einer eingehenden Besprechung unterzogen, da von einer Anzahl von Angestellten die Kündigung zum 31. März gefordert worden war. Die Vertreter der Verbände haben einstimmig beschlossen, mit Rücksicht auf die schwierige politische Lage zurzeit von einer Kündigung des Abkommens abzusehen, um eine Erschütterung unseres Wirtschaftslebens zu vermeiden.

Die Einwanderung nach Amerika gesperrt

Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Repräsentantenhaus das vom Senat bereits genehmigte Einwanderergesetz angenommen. Danach wird vom 1. April ab für die Dauer von 15 Monaten die Zahl der Einwanderer einer jeden Nationalität auf 3% der Ausländer gleicher Nationalität festgesetzt, die zurzeit der Volkszählung von 1910 sich in den Vereinigten Staaten niedergelassen hatten. Da im Jahre 1910 ungefähr 700 000 Personen in Amerika einwanderten, werden in den nächsten 15 Monaten insgesamt nur ca. 21 000 Einwanderer zugelassen werden. Diese Maßnahme der Vereinigten Staaten wird zurückzuführen sein auf die Furcht vor einer allzu riesigen deutschen Auswanderung, die mit Rücksicht auf den Geschäftsstillstand und die große bestehende Arbeitslosigkeit in Amerika katastrophale Wirkungen auslösen müßte.

Die Zeitung der christlichen Gewerkschaften

Die von Staatsminister Stegerwald, dem ersten Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, auf der Essener Tagung angekündigte neue Tageszeitung erscheint am 1. April d. J. in der Druckerei und Verlagsanstalt Otto Stollberg u. Co., Kommanditgesellschaft, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 45, unter dem Namen „Der Deutsche", Tageszeitung für deutsche Volksgemeinschaft. Sie wird für das gemeinsame Wirken aller schaffenden Stände am Wiederaufbau Deutschlands eintreten. Die Verlagsleitung hat Otto Stollberg, der frühere Verlagsdirektor der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" und Inhaber des Verlages für Politik und Wissenschaft, inne. Die Chefredaktion übernimmt Dr. Adolf Sarter, Geheimer Regierungsrat, der aus seiner bisherigen Tätigkeit als Ministerialrat im Reichsverkehrsministerium zu diesem Zwecke ausscheiden wird.

Unter Mitwirkung des Ministers Stegerwald gründeten die Christlichen Gewerkschaften mit einem Aktienkapital von zunächst 10 Millionen Mark einen „Bankverein für deutsche Arbeit".

Kleine Nachrichten

In den Wandelgängen des Londoner Unterhauses sollen demnächst billige deutsche Spielwaren ausgestellt werden. Die Parlamentarier sollen sich an Hand der angebrachten Preise überzeugen, daß die englische Industrie, besonders in bezug auf Spielwaren, nicht konkurrenzfähig sei. Deutsche Firmen haben neuerdings Spielwaren nach England gesandt, die 40 Prozent billiger sind, als die Erzeugnisse der englischen Industrie. Man behauptet, daß von den 30 000 Arbeitern der englischen Spielwarenindustrie schon mehr als 20 000 infolge des deutschen Wettbewerbs arbeitslos geworden seien.

Aus dem sächsischen Landtag

Aenderung der Geschäftsordnung

Am 11. Januar 1921 hat der Landtag den Rechtsausschuß beauftragt, die Geschäftsordnung der Volkskammer, die der Landtag sich zu eigen gemacht hatte, einer zeitgemäßen Prüfung zu unterziehen. Der Rechtsausschuß legte nun den Bericht über die Prüfung vor.

In einer Anlage gibt dann der Ministerpräsident folgende Erklärung über das Verhältnis zwischen Regierung und Landtag ab: „Von der Staatskanzlei ist nur Vortrag darüber erstattet worden, daß der Rechtsausschuß des Landtages bei den Verhandlungen über die Aenderung der Geschäftsordnung besonderen Wert darauf gelegt hat, die Vorschrift des § 18 der Geschäftsordnung beizubehalten, nach der „jeder Ausschuß durch Vermittlung des Gesamtministeriums Akten aller Art einfordern kann". Ich möchte demgegenüber darauf hinweisen, daß die Verfassung in Artikel 21 die Regierung lediglich verpflichtet, den Untersuchungsausschüssen Akten vorzulegen. Da die Geschäftsordnung dem Landtage der Regierung gegenüber keine Rechte geben kann, die über die Verfassung hinausgehen, möchte ich ausdrücklich feststellen, daß die Regierung sich nicht für verfassungsmäßig verpflichtet ansehen kann, einem Verlangen auf Aktenvorlegung nachzukommen, das nicht von einem Untersuchungsausschuß ausgeht. Die Regierung hält diese Feststellung für erforderlich, damit das verfassungsrechtliche Verhältnis zwischen Landtag und Regierung ungetrübt bleibt und etwaigen künftigen Meinungsverschiedenheiten über diese Frage von vornherein vorgebeugt wird. Die Angelegenheit hat nicht nur verfassungstheoretische, sondern auch eine gewisse praktische Bedeutung. Die Bedürfnisse einer ordentlichen amtlichen Geschäftsführung machen es wünschenswert, daß den Behörden ihre Akten möglichst wenig entzogen werden. Außerdem wird es Angelegenheiten geben, in denen es öffentliche oder berechtigte persönliche Interessen erfordern, daß die darüber ergangenen Akten nur einem mit besonderen Funktionen eingesetzten Untersuchungsausschusse vorgelegt werden."

Der Gesetzentwurf über die Kinderbeihilfen für Staatsbeamte und Lehrer ist soeben dem Landtage zugegangen. Der Hauptinhalt lautet: Neben dem Diensteinkommen erhalten die Beamten für jedes unterhaltsberechtigte Kind eine Kinderbeihilfe, und zwar für jedes Kind bis zum vollendeten 6. Lebensjahre monatlich 40 M., bis zum vollendeten 14. Lebensjahre monatlich 50 M. und bis zum vollendeten 18. Lebensjahre monatlich 60 M.

Ministerpräsident Buck hat die Abgeordneten des Landtages für Mittwoch, den 9. März zu einen parlementarischen Abend eingeladen, der im Landtagsgebäude stattfindet. Es ist das die erste gesellschaftliche Veranstaltung, die seit der Revolution in Sachsen stattfindet.

Nachrichten aus Sachsen

Die sächsische Regierung zur Abstimmung in Oberschlesien

Die sächsische Regierung erläßt folgende Erklärung:

An die Bevölkerung Sachsens! Der Tag für die Volksabstimmung über das Schicksal Oberschlesiens steht nunmehr fest. Unweigerliche Pflicht jedes Abstimmungsberechtigten ist es, für seine engere Heimat, für Sachsen und für Deutschland die Mühe der Abstimmungsreise auf sich zu nehmen und seine Stimme abzugeben. Die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier haben dafür gesorgt, daß diese Reise für jeden erleichtert und ein Unterkommen in der oberschlesischen Heimat für ihn sichergestellt wird. An die Bevölkerung ergeht der Ruf, den Abstimmungsberechtigten die Reise leicht zu machen, sie, wenn nötig, im Geschäft und bei der Arbeit zu vertreten, ihnen in ihrem Hausstande zu helfen und sie bei der Erfüllung ihrer Abstimmungspflicht zu unterstützen.

Das alles kostet viel Geld! Es wird dringend ersucht, die Verbände heimattreuer Oberschlesier durch Geldzuwendungen zu unterstützen. Zahlungen nehmen die meisten Banken und Sparkassen entgegen. Oberschlesiens Schicksal und Deutschlands Schicksal sind ungertrennlich!

Dresden, den 1. März.

Das Gesamtministerium: Buck, Ministerpräsident.

Erhöhung der Milchpreise in Sachsen

Die sächsische Regierung hat, wie bereits mitgeteilt, ihre Zustimmung zu einer beträchtlichen Erhöhung der Milchpreise gegeben. Der Stallpreis für Vollmilch beträgt ab 7. März 1.45 Mark statt bisher 1 M. In ähnlicher Weise wurden die Zuschläge und die Handelsspannen gesteigert, so daß das Liter Milch in den Großstädten 2.56 M. kostet, in den kleineren Orten etwas weniger. Die Milchpreise sind seit einem Jahre in Sachsen unverändert geblieben. Nach einer amtlichen Mitteilung sollen sie hinter den Gestehungskosten erheblich zurückstehen. Darin liege die Gefahr, daß der Landwirt die Milchwirtschaft vernachlässige und seine Erzeugnisse immer mehr im Schleichhandel abgebe. In Erkenntnis dieser Gefahr ist in Thüringen und in Provinz Sachsen ab 1. März die gleiche Preiserhöhung erfolgt wie in Sachsen. Die Forderungen der Landwirte gingen über die bewilligten Sätze erheblich hinaus.

— **Starke Steigerung der Erwerbslosigkeit in Sachsen.** Wie wir erfahren gab es in Sachsen am 1. Februar 75 972 männliche und 22 988 weibliche, insgesamt 98 960 Erwerbslose, ferner 125 206 Zuschlagsempfänger. Aufgewendet wurden im Monat Januar für sie 88 490 025 Mark. Am 1. Januar gab es 73 424 männliche und 23 148 weibliche, zusammen 96 570 Erwerbslose, dazu noch 8 412 männliche und 19 433 weibliche, zusammen also 27 845 Kurzarbeiter, ferner 110 672 Zuschlagsempfänger. Im Monat Dezember waren 81 487 808 Mark für sie aufgewendet worden.

— **Von der Münchner Konferenz der Ernährungsminister** erfahren wir noch, daß Sachsen und andere Länder unbedingt dafür eintreten, daß der Landwirt das ihm nach Abzug der Umlage und seines Bedarfs verbleibende Getreide an die Reichsgetreidestelle abführen müsse zu einem Preise, der ihm den Kauf ausländischer Futtermittel ermögliche. Die Meldung, daß Sachsens Antrag auf Erhöhung der Brotration abgelehnt worden sei, ist unrichtig. Eine Entscheidung hierüber wird erst fallen, wenn feststeht, in welcher Weise der Ueberschußteil der nächsten Ernte bewirtschaftet wird. Wird er frei gelassen, so kann das Reich nur für eine geringere Menge Brot sorgen und also eine Erhöhung nicht eintreten. Sachsen verlangt baldige Festsetzung der neuen Getreidepreise, damit die Landwirte Bescheid wissen. Es sprach sich ferner gegen eine Erhöhung der jetzigen Brotpreise aus. Der Reichsernährungsminister erklärte, bis zum 5. August würden die Preise für das vom Reich abgegebene Mehl nicht erhöht werden. Ueber die späteren Preise lasse sich noch nichts sagen. Die meisten Länder waren für völlige Freigabe der Kartoffelversorgung. Die Neuregelung der Milchwirtschaft soll im Monat März auf einer Konferenz in Bremen beraten werden.

— **Bautzen.** Am 25. Februar fand am Katholischen Seminar die Entlassung von 18 Schulamtskandidaten statt. Sie hatten an den vorausgehenden Tagen in drei Abteilungen ihre mündlichen Prüfungen bestanden und sich folgende Ergebnisse errungen: in den Wissenschaften erhielten zwei 1b, fünf 2a, sieben 2, zwei 2b, zwei 3a, in der Lehrfertigkeit zwei 1a, sechs 2, acht 2b, zwei 3a, in den Künsten und Fertigkeiten drei 2a, acht 2, fünf 2b, zwei 3a. In sittlichen Betragen konnte sämtlichen die 1 zugesprochen werden. Von den vier Kandidaten, die sich der musikalischen Vollprüfung unterzogen hatten, erhielten drei 2a, einer 1b. In einer herzlichen wie geistvollen Entlassungsrede zeigte Seminardirektor Oberstudienrat Löbmann den Kandidaten zunächst das neue Arbeitsfeld der Schule. Mit Schmerz stellte er fest, daß ein Teil der Kinder krank sei an Leib und Seele, da drei Feinde in der Kinderwelt schrecklich wüten: der Hunger, die Verwahrlosung und das böse Beispiel der Umwelt; ein anderer Teil erfreut sich wohl unberührten Kinderglücks. Ein zweites Arbeitsfeld für den Lehrer sei heute die Rettungsarbeit an unserem schwergeprüften Volke, das wirtschaftlich und seelisch arm geworden ist und von der Selbstsucht zerfressen wird. Die Schule hat in hervorragendem Maße den Beruf, an der Gesundung der Kinder wie der Erwachsenen zu arbeiten. Dazu wurden folgende Mittel empfohlen: Stärkere Betonung der sittlichen Erziehung gegenüber dem Wissen, soziale Auffassung der Arbeit, Erweckung der Dankgesinnung gegen die sich selbstlos

Dresdner Kurse vom 1. März 1921

Ohne Gewähr.

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein, Dresden, Prager Straße

	Deutsche Staatspapiere	
3	Reichsanleihe	66,75G
3¹/₂	do.	65,00G
4	do.	67,25G
5	do.	77,35?G
	Sparprämienanleih.	84,00G
3	Sächs. Rente	58,00G
	Stadt-Anleihen, Pfand- und Hypotheken-Briefe	
3¹/₂	Dresdner von 1875	91,00G
4	do. 1900/08	85,50G
4	do. 1913/18	76,75G
4	Chemnitzer v. 1906	74,00G
3	Lausitzer Pfandbr	—
3¹/₂	do. do.	91,25G
3¹/₂	Lausitzer Kreditbr.	89,50G
4	do. do.	103,25G
	Papier- und Photo Aktien	
15	Chromo Altenburg	235,00G
12	Krause u. Baumann	465,00G
18	Ernemann	2?6,00B
10	Ies. A.-G.	?00,00G
20	Hasseröder Papierf	292,00G
2?	Ver. Bautzner P.-F.	988,00G
14	Weißenborner P.-F.	896,00G

	Brauerei-Aktien	
8	Jürgens	178,00B
18	Krste Kulmbacher	340,50G
6	Petz-Bräu	
	Bank-Aktien	
9	Adca-Aktien	183,75B
9	Chmn. Bank-Verei	230,00G
	Commerz u. Priv.	01,00G
12	Deutsche Bank	2?3,00G
9	Dresdner Bank	208,75G
7¹/₂	Löbauer Bank	104,00G
2¹/₂	Sachsenbank	291,00B
	Verschiedene Industrie-Aktien	
10	Zimmermann	270,00G
14	H. & A. Escher	426,00B
40	Faradit	—
21	Germania	379,00G
16	Großenh. Webstuhl	482,00G
30	Lauchhammer	523,50G
40	Sächs. Gußstahl	—
18	Hartmann	805,00G
15	Sondermann & Stier	209,00G

SLUB
Wir führen Wissen.